

# Der Sturz eines Reformers

Wie Chinas Parteichef Hu Yaobang 1987 die Macht verlor

Zehntausende Studenten hatten in Chinas großen Städten um die Jahreswende 1986/87 nach Demokratie gerufen und die Partei verunsichert – für den Aufruhr eignete sich Hu Yaobang, der Parteichef, als Sündenbock.

Parteiinterne Dokumente zum Fall Hu bieten Einblick in die Machtverhältnisse der chinesischen Führung und offenbaren die Klippen kommunistischer Reformpolitik. Hu war immer Favorit von Teng Hsiao-ping gewesen; schon im Bürgerkrieg hatte er ihm als politischer Kommissar gedient. 1956 wurde er das jüngste ZK-Mitglied. Hu führte den Kommunistischen Jugendverband, wobei er Verbündete sammelte (und seine ausländischen Kollegen Honecker und Gorbatschow kennenlernte).

Als die Funktionäre nach der Kulturrevolution wieder an die Macht kamen, beschränkte sich Teng, der frühere Generalsekretär, bald auf den Vorsitz in der Militärkommission und in der „Beraterkommission“, einem mächtigen Seniorenrat von Altgenossen. Teng machte Hu 1981 zum Parteichef – aber Hu suchte China viel radikaler zu verändern als Teng selbst.

Hu unterband die von Teng angezettelte Kampagne gegen „geistige Verschmutzung“. Den Intellektuellen gewährte Hu Meinungsfreiheit, dem Volk rasche Steigerung des armseligen Lebensstandards, den Staatsbetrieben Selbständigkeit und den Privatunternehmern Gewerbefreiheit. Der Nomenklatura wollte er Pfründe und Posten nehmen, zugunsten der jungen Generation. Freiwillig jedoch mochten die Uralten nicht abtreten. Staatspräsident Li: „Die ersten Wellen werden nicht von den folgenden Wellen überrollt.“

Hu forderte die Ideologie- und Machtbewahrer der Beraterkommission auch noch wegen Nepotismus heraus: Kinder alter Kader sollten nicht ins ZK aufrücken dürfen, die Tochter des Volkskongreßpräsidenten Peng Tschen ließ er wegen Korruption verhaften, gegen einen Sohn des Partei-Disziplinarchefs Bo Jibo wegen Wirtschaftsverbrechen (erfollos) ermitteln.

Im Parteiorgan „Volkszeitung“ ließ er erklären, die Werke von Marx und Lenin seien für die Lösung der Gegenwartsprobleme ungeeignet. Im Sommer 1986 eröffnete er eine landesweite Debatte über die Einführung der Demokratie. Im Herbst suchte er die Achtzigjährigen in der Führungsspit-

ze zum Rücktritt zu überreden – der Gegenschlag war fällig.

Eine Partei-Gipfelkonferenz beschloß im November, Hu solle auf dem nächsten Parteitag zurücktreten, Hu wiederum empfahl auch den Rücktritt Tengs, dessen Ämter er dann selbst übernehmen wollte. Damit kam er nicht durch.

Seine Widersacher warfen ihm vor, er wolle die Planwirtschaft durch den Markt ersetzen, plädiere für hemmungslosen Konsum statt Genügsamkeit, lasse die bürgerliche Ideologie ins Land und unterstütze den intellektuellen Wunsch nach einer „totalen Verwestlichung“ Chinas.

Während im Dezember die Militärkommission tagte und sich einem künftigen Kommandeur Hu widersetzte, brach der Studentensturm los: Die Offiziere drohten, gegen die rebellische Jugend die Truppe einzusetzen. Hu erschien als einziger Tagungsteilnehmer im westlichen Anzug mit Schlips, während wieder Mao-Look Mode war.

Am 30. Dezember gab Teng, 82, auf einer Krisensitzung der Parteispitze Hu die Schuld an den Demos und forderte 20 Jahre Kampf gegen „bürgerlichen Liberalismus“. Hu, 71, wehrte sich und erklärte den Protest von der Basis für reformförderlich: „Es wird nun endlich Zeit, daß unsere Partei an einem Punkt ankommt, an dem die alte Garde nicht mehr alles bestimmt.“

Die witterte einen Staatsstreich. Am 16. Januar 1987 traten 18 der 20 Politbüro-Mitglieder, verstärkt um 17 alte Herren von der Beraterkommission und Parteisekretäre, zu einem Scherbengericht zusammen und beschlossen statutenwidrig Hus Entlassung. So opferte Teng seinen alten Genossen Hu den konservativen Bürokraten, Militärs und Planwirtschaftsanhängern, um die Parteiherrschaft zu sichern, ohne die wirtschaftlichen Reformen völlig preiszugeben.

Premier Zhao Ziyang, der Selbstkritik hinsichtlich des eigenen, zu stürmischen Reformwillens geübt hatte, wurde Hus Nachfolger; der in der UdSSR ausgebildete Plan-Befürworter Li Peng später Premier.

Laut Sprachregelung der ZK-Propagandaabteilung vom 17. Januar 1987 durften Chinas Massenmedien den Namen Hu Yaobang nicht mehr erwähnen und seinen Sturz nicht kommentieren; sie mußten vielmehr behaupten, es gebe keinen grundlegenden Wandel in Chinas Politik der wirtschaftlichen Öffnung.

lektuelle zur sogenannten stinkenden neunten Kategorie am Ende der Klaskentabelle gehörten.

Jahrelang vernachlässigten die Funktionäre die Bildungspolitik. Universitäten und Schulen haben wenig Geld, Wissenschaftler und Studenten leben und arbeiten unter erbärmlichen Bedingungen, Gehälter und Stipendien liegen unter dem Durchschnittslohn von Arbeitern. Der Dekan einer Sprachen-Fakultät in Peking: „Eine Verkäuferin verdient genausoviel wie ich, arbeitet weniger und hat nur neun Schuljahre hinter sich. Mit dieser Art von Kommunismus kann ich nichts anfangen.“

Noch fanden die demonstrierenden Studenten wenig Resonanz beim arbeitenden Volk. „Demokratie kann man nicht essen“, sagte ihnen ein Werkstätiger und verwies auf die Inflation.

Die Proteste der vorigen Woche stürzten die Parteibürokraten in ein Dilemma: Sie konnten gegen die aufsässigen Hochschüler nicht hart durchgreifen, weil sie sonst den Eindruck erweckt hätten, Trauer und Sympathie für einen verdienten Weggefährten zu unterdrücken. Denn Parteichef Zhao hatte das von der Hu-Familie gewünschte schlichte Begräbnis durch eine Staatsfeier ersetzen lassen, um den Reformen groß herauszustellen, als „proletarischen Staatsmann“ und „loyalen Kämpfer für den Kommunismus“. Das war die Rehabilitierung.

Das Parteiorgan „Volkszeitung“ aber warnte, wer die Zurückhaltung der Sicherheitskräfte als Schwäche werte und die Situation ausnutze, werde „bittere Früchte“ ernten, die er selbst gesät hat.

Die Warnung war deutlich auf ein wichtiges Datum gerichtet – den 4. Mai.

## DIPLOMATEN

### Richtiger Kerl

Vernon Walters, Washingtons neuer Botschafter in Bonn, war immer dort, wo es spannend war – und wo Krisen drohten.

Massig und imposant, im fleischigen Gesicht ein Lächeln, wertete der Kandidat bei der Anhörung im US-Senat seinen neuen Job schon vorab tüchtig auf. Keine „wichtigere Beziehung“ könne er sich vorstellen als die deutsch-amerikanische, übertrieb Vernon Anthony Walters, 72, der sich diese Woche als neuer US-Botschafter in Bonn einfindet.

Senator Joseph Biden schmeichelte dem Probanden und den Deutschen gleich mit: Wie sehr Washington die Bundesrepublik respektiere, zeige sich daran, „wen wir dorthin schicken“.

So gesehen, könnte Walters' Entsendung nach Bonn als ominöses Zeichen gedeutet werden: Denn wo immer der geheimnisumwitterte Mann („Meine Geschäfte erledige ich am liebsten fernab der Öffentlichkeit“) in seiner fast